



# Forderungen des Umweltdachverbandes für eine zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik

### **Gefährlichen Klimawandel vermeiden: Erwärmung bei 2 °C eindämmen**

Der Klimawandel wird auch bei einer globalen Erwärmung um 2 °C schwere Folgen nach sich ziehen, ab einer Erwärmung von 2 °C drohen aber Kippunkte im Klimasystem überschritten zu werden und eine irreversible und unkontrollierbare Erwärmung anzustoßen. Es ist daher notwendig die Leitplanke die globale Erwärmung auf unter 2 °C zu begrenzen verbindlich zu verankern.

### **Historische Verantwortung der Industrieländer wahrnehmen: Treibhausgase um 40 % bis 2020 reduzieren.**

Industrieländer müssen ihre historische Verantwortung im Klimaschutz wahrnehmen und Vorreiter der globalen Energiewende werden. Damit die globale Erwärmung bei 2 °C eingedämmt werden kann, müssen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40 % bis 2020 gesenkt werden. Bis dato ist keines der großen Emittentenländer bereit, sich zu ausreichenden Treibhausgasreduktionen bereitzuerklären. Die EU hat in den Raum gestellt, 20 % der Treibhausgasemissionen bis 2020 zu reduzieren. Zu wenig, um das 2°-Ziel zu erreichen und unzureichend ambitioniert, da aktuellen Prognosen zufolge, bereits im Jahr 2012 eine Reduktion um 13 % gegenüber 1990 erreicht werden wird und damit mehr als die Hälfte des EU-Ziels in Kürze erreicht werden wird.

### **Österreich verfehlt Kyoto-Ziele als einziges Land in der EU**

Österreich ist das einzige Land in der EU, das angibt, die Kyoto-Ziele im Jahr 2012 nicht zu erreichen. Für den Zukauf von Zertifikaten wurden bereits jetzt mehr als 500 Millionen Euro budgetiert. Dieser Betrag könnte ExperteInnen zufolge noch auf etwa eine Milliarde Euro bis 2012 ansteigen. Gleichzeitig ist die Energie-Importabhängigkeit Österreichs auf über 70 % gestiegen. Zwischen 2003 und 2007 stiegen die Ausgaben für Energieimporte um 94 % auf 9,9 Mrd. Euro. Das Ignorieren der Klimapolitik wird für Österreich zunehmend kostspielig.

### **Naturverträgliche Energiewende bis 2050 umsetzen**

Bis 2050 soll in Österreich die Energiewende hin zu 100 % erneuerbaren Energieträgern schrittweise umgesetzt werden. Als Zwischenschritt soll bis 2020 45 % der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen, bis 2025 soll Elektrizität, bis 2035 Raumwärme, bis 2045 der Verkehr auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Die Energiewende muss dabei den Kriterien der Naturverträglichkeit entsprechen. Damit das gelingen kann, müssen der Endenergieverbrauch reduziert, Effizienzsteigerungen im Produktionsbereich realisiert und erneuerbare Energieträger ausgebaut werden.

### **Sanierungsmilliarde: Energiesparpotenziale im Gebäudebereich umsetzen**

Raumwärme ist für 30 % des energetischen Endenergieverbrauchs in Österreich verantwortlich. Einsparungen von bis zu 90 % bei einzelnen Sanierungen sind möglich. Dazu müssen aber hohe Standards bei der Sanierung sichergestellt werden. Um die Sanierungsrate von derzeit unter 1 % auf 3 % zu heben ist es notwendig eine Milliarde Euro pro Jahr zu investieren. Die finanziellen Mittel sollen teilweise durch eine Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung und eine Umschichtung vom Neubau zur Sanierung aufgebracht werden.

### **Stromeinsparpotenziale umsetzen**

Der Stromverbrauch wuchs zwischen 1996 und 2006 um rund 27 %. Große Einsparpotenziale liegen brach. Jedes Jahr wird die gesamte Stromerzeugung eines großen Donaukraftwerks für den Stand-by-Betrieb aufgebraucht. In den Haushalten schlummert ein Einsparpotenzial von 25 bis 50 %. Der Umweltdachverband fordert eine Effizienzoffensive um diesen Missstand zu beheben.

### **Nachhaltige Mobilität**

Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind seit 1990 um 73 % gestiegen. Er ist damit hauptverantwortlich dafür, dass Österreich seine Klimaziele verfehlt. Notwendig ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, des Fahrradverkehrs und der Elektromobilität. Dafür ist die Herstellung von Kostenwahrheit auf der Straße die Voraussetzung. Eine flächendeckende LKW-Maut soll eingeführt werden, ein General-Abo für den öffentlichen Verkehr angeboten werden und die Raumordnungspolitik dahingehend geändert werden, dass eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr ermöglicht wird. Milliardeninvestitionen in Straßenbauprojekte müssen gestoppt werden.

### **Naturverträglicher Ausbau erneuerbarer Energien.**

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein unabdingbarer Eckpfeiler einer zukunftsfähigen Energiestrategie. Dies stellt eine besondere Herausforderung im Elektrizitätssektor dar, der in Zukunft auch den Energieverbrauch des Verkehrs schultern muss. Der Ausbau der naturverträglichen Potenziale erneuerbarer Energien muss vorangetrieben werden. Eine Sonderstellung kommt der Photovoltaik zu, weil noch sehr wenig Potenzial ausgebaut wurde und sie die naturverträglichste Form erneuerbarer Energiegewinnung darstellt. Der Anteil an Sonnenstrom könnte im Jahr 2020 bereits bei 20 % liegen. Dazu braucht es aber ein vernünftiges Ökostromgesetz mit Einspeisetarifen auf europäischem Niveau, Tariflaufzeiten von mindestens 15 Jahren und einer Aufhebung des Förderdeckels.

### **Ökosoziale Steuerreform**

Solange Energie billig ist, wird sie weiterhin verschwendet werden. Österreich liegt an 21. Stelle in der EU, was das Steueraufkommen aus Umweltabgaben betrifft. Erforderlich ist die Erhöhung der MöSt., die Erhöhung der Energieabgabe, die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer und die Einführung eines Wasserkraftnutzungsbeitrages. Im Gegenzug sollen die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Als ersten Schritt sollen in dieser Legislaturperiode 10 % der lohnbezogenen Steuerabgaben auf Ressourcensteuern umgeschichtet werden.

### **Nachhaltige Energiezukunft ohne Atomenergie und riskante Technologien**

Die Bundesregierung muss sich dafür stark machen, dass der Ausstieg aus der Atomenergie europaweit paktiert wird. Sie muss sich weiters dafür einsetzen, dass die UVP für grenznahe Atomkraftwerke internationalen Standards entspricht, dass die EURATOM-Zahlungen Österreichs eingestellt werden und dass Atomstromimporte gegen den Willen der Bevölkerung verhindert werden. Gleichzeitig fordert der Umweltdachverband eine Absage an riskante Geo-Engineering-Technologien, sowie riskante und unausgereifte Technologien wie Carbon-Capture and Storage, die keine Lösung für die Ursache der Klimaprobleme liefern, ungewisse Folgewirkungen nach sich ziehen, keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Energiezukunft leisten und im kritischen Zeitraum der nächsten 10 Jahre nicht verfügbar sind. Stattdessen muss sich eine zukunftsorientierte Energiestrategie auf Energieeinsparpotenziale, Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien stützen.

### **Umweltpolitik als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung**

Bei allen Maßnahmen ist die soziale Verträglichkeit zu beachten. Umwelt und sozialpolitische Zielsetzungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dagegen sind Synergien, wie beispielsweise bei der Gebäudesanierung, konsequent zu nützen. Langfristig muss daran gearbeitet werden einen nachhaltigen Lebensstil herauszubilden – dies muss durchaus nicht eine Ära des Verzichts einläuten, sondern kann die Lebensqualität entscheidend erhöhen. So bedeutet weniger Verkehr auch weniger Schadstoffbelastung, Lärm und mehr Sicherheit und eine bessere Gesundheit in einer lebenswerten Umwelt.